



November bringt „dickeres Bau-Portemonnaie“ – Wegezeit-Geld kommt



Hammer, Zollstock, Funkgerät: Mehr Equipment für mehr Bauprofis in Duisburg und am Niederrhein. Denn die werden schon bald gebraucht. Da ist sich die IG BAU sicher. Und um die Jobs auf dem Bau attraktiver zu machen, hat die Gewerkschaft für Bauarbeiter jetzt mehr Lohn und Extra-Geld für die Fahrten zu den Baustellen herausgeholt. Foto: IG BAU | Ferdinand Paul

Berlin ‚ampelt‘ neue Bauaufträge: Duisburg und der Niederrhein auf Bauarbeiter-Suche – Lohn-Plus lockt

Der Bau bleibt krisenfest – und wird zusätzliche Manpower brauchen: „Die Zahl der Bauarbeiter in Duisburg und am Niederrhein wird steigen. Denn mit den heute rund 12250 Baubeschäftigten ist das, was die Ampel-Koalition vorhat, nicht zu schaffen: Für den Neubau von Wohnungen und vor allem auch für das klima- und seniorengerechte Sanieren wird jede Hand, die zupackt, gebraucht – und sie wird gut bezahlt“, sagt Karina Pfau von der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU).

Die Vorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein spricht von einer „Beschäftigungsoffensive“, die auf den Bau in der Stadt zukomme. „Es wird höchste Zeit, deutlich zu machen, dass die Branche eine gute Jobperspektive bietet: Es lohnt sich, auf dem Bau zu arbeiten“, so Pfau. Dazu passe das Lohn-Plus, das die Gewerkschaft jetzt erreicht habe: insgesamt 6,2 Prozent. „Das ist wichtig, um die Arbeit attraktiver zu machen. Die erste Lohnerhöhung muss schon Anfang Dezember, wenn der November-Lohn kommt, auf dem Konto sein. Dazu kommen noch drei Einmalzahlungen von insgesamt 1.350 Euro. Auch das Azubi-Portemonnaie wird dicker. Und zusätzlich gibt es jetzt zum ersten Mal eine generelle Entschädigung für die oft langen Fahrten zu den Baustellen: Das Wegezeit-Geld kommt. Der Start ist geschafft. Ab 2023 wird es dann in voller Höhe gezahlt“, so Pfau.

Für jeden Weg zur Baustelle bekommen Bauarbeiter künftig – je nach Fahrstrecke – zwischen sechs und acht Euro pro Tag zusätzlich, so die Gewerkschaft. „Das macht aufs Jahr gerechnet rund 1.500 Euro netto mehr im Portemonnaie. Denn im Schnitt ist ein Bauarbeiter immerhin 64 Kilometer am Tag unterwegs, um morgens zur Baustelle zu kommen“, erklärt die Vorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein. Für den Fall, dass die Distanzen zwischen Bauunternehmen und Baustelle zu groß sind, um sie täglich zu fahren, haben IG BAU und Bau-Arbeitgeber je nach Entfernung eine Wegezeit-Entschädigung zwischen 18 und 78 Euro pro Woche vereinbart.

Damit sei der IG BAU ein „Durchbruch bei den Tarifverhandlungen“ gelungen. Die Gewerkschaft spricht von einem „Zukunftspaket Bau“, mit dem die Berufe der Branche und damit auch eine Ausbildung auf dem Bau attraktiver geworden seien. Vorausgegangen war eine ungewöhnlich harte Tarifauseinandersetzung: „Es waren extrem langwierige und zähe Verhandlungen. Mehr als einmal drohten sie zu platzen. Ein bundesweiter Baustreik lag in der Luft. Knackpunkt war dabei die Wegezeit-Entschädigung. Dass die jetzt steht, ist ein



Pressespiegel

Ausgabe: 01.12.2021



tarifpolitischer Meilenstein für die Branche“, sagt Carsten Burckhardt vom IG BAU-Bundesvorstand. Er ist an der Gewerkschaftsspitze für das Bauhauptgewerbe verantwortlich.

Vor der Baubranche in Duisburg und am Niederrhein liegt jetzt eine Mammutaufgabe, so IG BAU-Bezirksvorsitzende Karina Pfau. „Neu bauen, umbauen, sanieren – Häuser, Straßen, Brücken: Die neue Bundesregierung ‚ampelt‘ neue Bauaufträge. Es wird deshalb bei vollen Auftragsbüchern bleiben.“ Dabei bietet der Tarifabschluss dem Bau Perspektive: Die Lohnsteigerung erfolge in drei Stufen. Die Laufzeit des neuen Tarifvertrages gehe bis Ende März 2024. Über Details zum Bau-Tarifabschluss – insbesondere auch zum Wegezeit-Geld – informiert die IG BAU in der Region: 0211 - 977 87 0. Und im Internet: www.igbau.de/Bauhauptgewerbe.de

Lokalkompass.de

Auch Baubetriebe sollen sich für die Inklusion stark machen



Carsten Burckhardt, Mitglied des Bundesvorstandes IG BAU, Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

Anlässlich des internationalen Tages der Menschen mit Behinderung am 3. Dezember ruft die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Unternehmen und Betriebsräte dazu auf, sich aktiv für die Inklusion starkzumachen. Insbesondere sind Betriebe aus der Baustoffindustrie, des Garten- und Landschaftsbaus und der Bauwirtschaft angesprochen.

"Leider müssen wir feststellen, dass Menschen mit Behinderungen es immer noch schwerer haben, eine Arbeit zu finden, als Menschen ohne. Der Fachkräftebedarf in unserer Branche ist sehr groß, da liegt es auf der Hand, Menschen mit einem Handicap eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen", sagt Carsten Burckhardt, im IG BAU-Bundesvorstand für die Bauwirtschaft zuständig. Neben der Chance loyale, engagierte und gute Mitarbeiter*innen zu bekommen, gibt es zahlreiche Unterstützungs- und Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit, des Bundes, der Länder und Kommunen.

Mehr Informationen erhalten Interessierte unter www.rehadat.de. Mit vierzehn Portalen, zahlreichen Publikationen, Apps und Seminaren ist REHADAT das zentrale unabhängige Informationsangebot zur beruflichen Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Dort sind derzeit bundesweit 1007 Inklusionsbetriebe und zugehörige Verbände aufgeführt. In der Woche des internationalen Tages der



Menschen mit Behinderung veranstalten Arbeitsagenturen und Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit viele Events, in denen sie auf die Arbeitsmarktsituation der Menschen mit Behinderung aufmerksam machen und für diese sensibilisieren wollen.

Lokalkompass.de

Handelsbeschäftigte legen Arbeit nieder

Kamp-Lintfort war Standort einer zentralen Streikversammlung der Gewerkschaft Verdi.

VON JUTTA LANGHOFF

KAMP-LINTFORT Rund 600 Beschäftigte mehrerer nordrhein-westfälischer Groß-, Einzel- und Außenhandelsunternehmen haben sich am Dienstag zu einer Streikveranstaltung in der Kamp-Lintforter Stadthalle getroffen. Eingeladen hatte dazu die Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft „ver.di NRW“, um auf diese Weise ihrer Forderung nach einer allgemeinen Tarifbindung und speziellen Digitalisierungstarifverträgen Nachdruck zu verleihen.

Wie erwartet, stammte der mit 450 Teilnehmern größte Teil der Streikenden aus der Rheinberger Niederlassung der Firma Amazon, die in den vergangenen Jahren mehrfach aus verschiedenen Gründen durch Streiks ihrer Mitarbeiter und des seit Jahren schwelenden Tarifstreits in den Blick der Öffentlichkeit geraten ist. Die anderen kamen aus den im Ruhrgebiet, dem Raum Köln und Düsseldorf sowie am linken Niederrhein ansässigen Groß- und Einzelhandelsbetrieben wie Esprit, TK Maxx, Smyth Toys, DLG

Bofrost, IKEA und H&M. Während in den genannten Betrieben lediglich einen oder zwei Tage gestreikt wird, haben wegen der verstärkten Leistungsanforderungen anlässlich der vergangenen „Blackweek“-Sonderangebotswoche und des bevorstehenden Weihnachtsgeschäftes zahlreiche Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von Amazon bereits am Mittwoch ihre Arbeit niedergelegt. „Ich bin jetzt in diesem Jahr genau zehn Jahre bei Amazon und habe in dieser Zeit viele Firmenentscheidungen mitgemacht“, berichtete Mitarbeiter Thorsten Abel in einer ersten Rede über seine Er-

fahrungen in der Rheinberger Firmenniederlassung. „Ständig wurden neue Pläne angekündigt. Zum Beispiel der Bau von Niederlassungen in Polen und der Tschechien, die dann zwar auch begonnen, aber bald wieder aufgegeben wurden. Ein anderes Mal war ein komplett neues, ausschließlich von Robotern bedientes Auslieferungslager im Gespräch, was den bisherigen Lagermitarbeitern natürlich große Arbeitsplatzängste verursachte.“ All das habe zu einer ständigen Unsicherheit in der Belegschaft geführt. „Aber wahrscheinlich war das auch so beabsichtigt, um höhere Lohnfor-

derungen, vor allem aber die Streikbereitschaft der Leute zu unterdrücken“, mutmaßte er.

Dieser Ansicht war auch der Landesgruppensprecher und neue Vertreter seiner Partei „Die Linke“ im Bundestag, Christian Leye. „Ihr kämpft gegen eine echte Sauerkeit in der Arbeitswelt“, sprach er den Streikenden aus der Seele. Firmen mit Tariffucht als Geschäftsmodell würden sich Vorteile gegenüber anderen Firmen verschaffen und ihre Mitarbeiter gegeneinander ausspielen. „Früher nannte man das Ausbeutung, und das ist es heute auch noch“, so Leye. Der dritte und letzte Redner war der nordrhein-westfälische Gewerkschaftssekretär Georg Kaßler. „Den Arbeitgebern, die keine Tarifbindung zulassen, geht es schlichtweg immer nur um billige Löhne“, erklärte er. „Deswegen brauchen wir da eine allgemeinverbindliche Lösung, und nicht nur eine, in der die Arbeitgeber Sonderbedingungen wie zum Beispiel die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise für sich geltend zu machen versuchen.“



Rund 600 Beschäftigte nahmen am Dienstag an der Kundgebung in der Kamp-Lintforter Stadthalle teil.

FOTO: PRÖMEN

RP Kleve